

Keine Toleranz den Intoleranten!



Foto: Philipp Eichler

Inhalt

Gespräch

AfD verbieten! AfD verbieten? – 2 –

Hintergrund

Kritische ökonomische Bildung – 3 –

Gemeinnützigkeitsrecht – 4 –

Mobilitätswende – 5 –

Rohstoffenergiehunger – 8 –

Kalender

Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

Tax the Rich – 9 –

Pro-Human-Kampagne – 9 –

Portrait

Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

Attac-Basistext 60 – 11 –

Während der Fertigstellung dieses Rundbriefs ist es offiziell geworden: Mehr als einhundert Abgeordnete verschiedener Fraktionen haben im Bundestag einen Antrag auf ein AfD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das ist ein großer Erfolg für viele zivilgesellschaftliche Organisationen wie Attac, die im Bündnis »Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!« schon seit Monaten für ein solches Verfahren kämpfen. Denn dafür ist es höchste Zeit. Die Demokratie steht weltweit unter Druck.

Der Ausgang der Wahlen in den USA ist alarmierend. Mit Donald Trump wurde ein Verehrer Hitlers ins Amt gewählt, der von Demokratie nichts hält und dessen politische Gegner*innen jetzt nur hoffen können, dass seine Administration ihn davon abhalten wird, seine im Wahlkampf blumig ausgeschmückten Rachefantasien umzusetzen. Ein Präsident, der seiner Verurtei-

lung für einen versuchten Umsturz durch Wahl entgeht – kann man sich nicht ausdenken. Sind solche Demokratiefeinde erst an der Macht, haben sie Zugriff auf Ressourcen und politische Mittel, um die Demokratie schrittweise zu schwächen und letztlich zu zerstören.

Das gilt es zu verhindern, und deshalb unterstützt Attac die Forderung nach einem AfD-Verbot (siehe auch Gespräch auf Seite 2). Gelegentlich wird Kritik laut: Sei es nicht auch undemokratisch, wenn eine Partei verboten würde, die viele Menschen wirklich wählen möchten? Tatsächlich entspringt dieser Frage das »Paradoxon der Toleranz«. Der Philosoph Karl Popper begründete 1945 in seinem Buch »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde« damit seine Ablehnung einer universellen Toleranz: »Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar

auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.«

Selbstverständlich ist es nicht damit getan, die AfD zu verbieten. Menschenfeindliche Ideologie verschwindet nicht durch Verbote aus den Köpfen, und die Demokratie lässt sich nicht mit Verboten retten. Letztlich muss vor allem die soziale Spaltung überwunden werden, um der Politik des Hasses den Nährboden zu entziehen und ihr erfolgreich die positive Vision einer solidarischen Gesellschaft entgegensetzen zu können. Darum setzen wir uns nicht allein für ein AfD-Verbot, sondern mit der Kampagne »Tax the Rich« auch für eine gerechte Besteuerung von Reichen ein (siehe auch Seite 9). Denn grade jetzt gilt: Nicht verzagen, Kräfte bündeln und erst recht aktiv werden!

Die Gefahr der Radikalisierung

AfD verbieten! AfD verbieten?

Annette Schnoor vertritt Attac im Bündnis »Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!«. Albrecht Stöffler aus der Rundbrief-Redaktion steht dem Nutzen eines AfD-Verbots eher skeptisch gegenüber. Für diese Ausgabe haben sie sich über Sinn und Unsinn der Kampagne unterhalten.

Albrecht: Annette, kannst du kurz zusammenfassen, wie es zu dieser Kampagne kam? Ich habe die Hintergründe nicht so genau verfolgt.

Annette: Initiiert wurde das Bündnis vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), die auf ein AfD-Verbot hinarbeiten wollten. Nach einer Diskussion im Kokreis haben wir beschlossen, dass Attac diese Kampagne unterstützt. Die wesentlichen Gründe waren zum einen, zu verhindern, dass die AfD staatliche Ressourcen und Machtmittel nutzen kann, um ihre Ziele durchzusetzen, und zum anderen der konkrete Minderheitenschutz, dem wir uns verpflichtet fühlen. Queere Leute, Migrant*innen, Behinderte und andere sind real bedroht durch die Politik der AfD, und es gab auch schon eine Zunahme von Gewalttaten gegen von der AfD bedrohte Menschen im vergangenen Jahr.

Auf dem Ratschlag wurde dann einem Antrag der Attac-AG gegen rechts gefolgt, dass diese Kampagne möglichst breit in Attac unterstützt wird. Wo liegen denn deine Bedenken bei der Kampagne?

Albrecht: Ich fürchte, dass sowohl Erfolg als auch Scheitern der Kampagne problematisch sein können. Dabei habe ich zwei Sorgen. Die eine ist, dass die Initiative keinen Erfolg hat, also entweder parlamentarisch oder später vor dem Bundesverfassungsgericht scheitert. Wenn das passieren sollte, fürchte ich, dass die AfD das eher als Triumph für sich verbuchen wird, und es wäre das Gegenteil dessen erreicht, was man eigentlich will.

Die andere ist, was passiert, wenn die Initiative erfolgreich ist. Viele AfD-Anhänger*innen sehen sich in ihrem schrägen Selbstverständnis als eine verfolgte Minderheit, die von einem bösen Konsens in dieser aus ihrer Sicht linksgrün dominierten Gesellschaft beherrscht und unterdrückt wird. Und für diese Leute wäre ein Verbot der Partei ein Anlass, diese Stimmung nur noch zu verstärken. Eine Radikalisie-



Foto: Jule Axmann

rung von zumindest einem beträchtlichen Teil der Anhänger*innen könnte die Folge sein.

Annette: Es mag auch einem Gefühl der Anhänger*innen entsprechen, aber diese Opferhaltung ist vor allen Dingen Strategie. Man provoziert, indem man zum Beispiel sagt: »Die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer Geschichte.« Es regen sich eine Woche lang alle Medien darüber auf, dann sagt man: »Ihr habt mich falsch verstanden, und wir wurden zum Opfer einer linksgrünversifften Pressekampagne.« Und so schiebt man eben die Grenze des Sagbaren immer weiter nach rechts.

Diese Strategie würde natürlich siegen, wenn wir uns jetzt davon leiten ließen. Und natürlich besteht die Gefahr, dass die Initiative scheitert. Aber wir können nicht das Richtige lassen, nur weil es scheitern könnte. Wir können nicht auf ein Verbotsverfahren verzichten aus Angst davor, dass sie sich bei einem Erfolg noch mehr als Opfer gerieren als ohnehin schon.

Und wenn die Anhänger*innen sich radikalisieren, ohne dass sie noch eine Organisation haben, ohne dass sie Finanzmittel haben, ohne dass sie noch eine Rolle spielen können als Machtzentrum des ganzen rechten Netzwerks in diesem Land, dann finde ich das weniger schlimm als die Radikalität, die jetzt schon von ihnen ausgeht und die organisatorisch und finanziell durch unsere Steuergelder unterstützt wird.

Albrecht: Aber die radikalen Netzwerke existieren ja schon. Und ich fürchte, dass die durch ein Verbot Zulauf bekommen. Dass die ganze

jetzige Wählerschaft dann zu den Waffen greift, das glaube ich natürlich auch nicht.

Annette: Ja, das mag sein. Für mich wiegt schwerer, dass ich weiß, dass viele Menschen konkrete, teilweise massive Angst haben vor einer AfD in einer Machtposition. Und diese Ängste sind berechtigt, denn selbst wenn die AfD nur Teil einer Regierung ist, dann kann sie dafür sorgen, dass bestimmte Finanzmittel gestrichen werden. Wenn man zum Beispiel keine Beratungsstellen mehr finanziert, sind keine Schwangerschaftsabbrüche mehr möglich. Ich sehe im Moment keine andere Möglichkeit als ein Parteiverbot, um die durch die AfD bedrohten Menschen zu schützen.

Albrecht: Wobei das AfD-Verbot kritisch zu sehen nicht heißen soll, nichts mehr gegen die AfD zu unternehmen und vor der Rechtsentwicklung zu kapitulieren. Ich denke, die AfD muss in erster Linie politisch bekämpft, es muss ihr inhaltlich etwas entgegengesetzt werden.

Annette: Wir kämpfen jetzt seit 12 Jahren politisch gegen die AfD, und die Entwicklung zeigt, dass das nicht ausreicht. Natürlich ist auch der politische Kampf weiterhin notwendig, denn Gesinnungen kann und will man ja nicht verbieten, nur die Organisation.

Grundsätzlich denke ich, dass es durchaus ernstzunehmende Bedenken gegen das Verbot gibt, so wie du sie auch formuliert hast, es aber in der Abwägung richtiger ist, für ein Verbot einzutreten.

Zur »Finanzbildungsinitiative« zweier FDP-Ministerien

Kritische ökonomische Bildung statt neoliberaler Finanzerziehung!



Foto: Stephanie Handtmann

Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat kürzlich einen Referentenentwurf veröffentlicht, wonach die »Initiative Finanzielle Bildung« als »Stiftung Finanzbildung, Geld und Währung« gesetzlich verankert und mit neun Millionen Euro jährlich ausgestattet werden soll. Der ehemalige Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatte diese Initiative im Frühjahr 2023 am Koalitionsvertrag vorbei gemeinsam mit seiner Parteikollegin, Bundesbildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger, ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit mit der OECD sollen eine nationale Finanzbildungsstrategie entwickelt und Impulse zur Stärkung der finanziellen Bildung in Deutschland gegeben werden. Dadurch solle die Bereitschaft und Fähigkeit zur Geldanlage am Finanzmarkt gefördert und zugleich zur Finanzmarktstabilität beigetragen werden.

In Kooperation mit Attac hat die Otto Brenner Stiftung den Erziehungswissenschaftler Professor Thomas Höhne (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) beauftragt, die Initiative zu untersuchen. Seine Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Initiative eindeutig die parteipolitische Handschrift der FDP trägt. So bestehen deutliche Überschneidungen mit der wirtschaftspolitischen Agenda der FDP, nicht zuletzt in Sachen finanzmarktbasierter Altersvorsorge.

Zudem werden die Verbraucherzentralen oder Schuldnerberatungen, die über ein breites Erfahrungswissen und umfassende Bildungsangebote verfügen, zugunsten kommerzieller und lobbyistischer Akteure, darunter sogenannte Finfluencer (Finanz-Influencer), in den Hintergrund gerückt. Zwar sollen laut den beiden ehemaligen FDP-Ministerien mit der Initiative gerade armutsbetroffene »vulnerable Gruppen« erreicht werden. Doch so wird lediglich die Notwendigkeit verstärkter Finanzbildung legitimiert, während die gesellschaftlichen Ursachen prekärer Lebenssituationen ausgeblendet werden. Damit wird Menschen, die gar nicht investieren können, die Verantwortung für ihre Lage tendenziell selbst zugeschrieben.

Im Zentrum der »Initiative Finanzielle Bildung« steht die sogenannte Finanzbildungsplattform www.mitgeldundverstand.de. Dort sollen Angebote aus dem Bereich der finanziellen Bildung gebündelt und zugänglich gemacht werden. Doch die Studie zeigt: Nur acht Prozent der insgesamt 449 zur Verfügung gestellten Angebote lassen sich als Bildungsmaterial klassifizieren. Hauptsächlich werden schon bestehende staatliche Informationsangebote ohne didaktisches Konzept präsentiert. Zudem werden zum Teil

einseitige politische Positionen als Bildungsmaterial deklariert, wie die Analyse eines Videos zur Schuldenbremse belegt.

Attac hat daher die alternative Bildungsplattform www.geldmitverstand.de konzipiert, die einen gezielten Kontrapunkt zur Website der FDP-Ministerien setzt. Dabei lehnt sich die Attac-Seite absichtsvoll an das Layout der Ministeriumsseite an – der Inhalt unterscheidet sich allerdings erheblich. Die Attac-Materialien legen den Fokus auf die sozialen, politischen und ökologischen Implikationen von Finanzbeziehungen und zielen auf mündige Bürger*innen, die ökonomische Prozesse demokratisch (mit-)gestalten.

Dass solche Inhalte unerwünscht sind, zeigte sich auch beim »Festival für Finanzbildung« der beiden FDP-Ministerien am 15. Oktober in Berlin. Attac wollte dort unter anderem das Bildungsmaterial »Wirtschaft demokratisch gestalten lernen« präsentieren, das vom Materialkompass des Verbraucherzentrale-Bundesverbandes die Bewertung »sehr gut« bekam. Doch laut Veranstalter*innen, war dies wegen zu vieler Einreichungen nicht möglich. Zum Zug kamen stattdessen die YAEZ GmbH und die Deutsche Bank, deren Bildungsmaterial von der Verbraucherzentrale auch schon mal als mangelhaft bewertet wurde.

Bei einer Aktion zu Beginn des »Festivals« wurden die Besucher*innen von Attac über die Studie und über die alternative Bildungsplattform aufgeklärt. Teils wurde das mit versteinernten Mienen, teils mit Zuspruch von zivilgesellschaftlichen Organisationen quittiert. Dem BMF gefiel es anscheinend weniger, denn es forderte Attac wenige Tage später auf, die Seite vom Netz zu nehmen, und drohte, anderenfalls rechtliche Schritte zu prüfen. Aber Attac lässt sich nicht einschüchtern.

Die Seite ist weiterhin online und wir machen uns weiter stark für eine kritische ökonomische Bildung. Dafür könnte die Regierung gerne Geld bereitstellen, über das ein plurales Gremium aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft entscheidet. Eine »Finanzbildungsstiftung« als FDP-Hinterlassenschaft der Ampel muss dagegen verhindert werden.

Holger Oppenhäuser ist Bildungsreferent von Attac Deutschland.

Gemeinnützigkeitsrecht

Belohnung des Konformismus

Im April jährte sich der Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac zum zehnten Mal, und seit drei Jahren steht die Befassung des Bundesverfassungsgerichts mit der diesbezüglichen Verfassungsbeschwerde an. Doch auch ohne diese letzte Runde in der juristischen Auseinandersetzung hat der bisherige Rechtsweg dieses Verfahrens schon zu zum Teil dramatischen Konsequenzen auch für andere Vereine geführt. Das so genannte Attac-Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) von 2019, das im Januar 2021 vom BFH im zweiten Revisionsurteil bestätigt wurde, fußte auf einer extremen Verengung des gemeinnützigen Zwecks der politischen Bildung. Damit tastete der BFH die politische Bildungsarbeit im Kern an. Die Förderung der Volksbildung sei nur gemeinnützig, wenn sich »die Einflussnahme auf die politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung auf bildungspolitische Fragestellungen« beschränke – eine Interpretation, die in Widerspruch zu den bundes- und landesgesetzlichen Grundlagen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung steht. Außerdem verlangte der Finanzhof, dass politische Bildung sich in »geistiger Offenheit« zu vollziehen habe; sie dürfe nicht die »öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen« beeinflussen. Dieses Kriterium entsprang weder Gesetzen noch einem Fachdiskurs. Vielmehr setzte der BFH mit diesem Urteil selbst eine neue Norm, denn auf den Urteilen des BFH basiert der Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO), der als Entscheidungsgrundlage für die Finanzämter dient. Folglich wurden sowohl das Fehlen »geistiger Offenheit« als auch die »Beeinflussung der öffentlichen Meinung« im Sinne des BFH im Januar 2022 als neue gemeinnützigkeitsschädliche Kriterien im neuen Anwendungserlass festgeschrieben.

Mehreren Vereinen wurde inzwischen nach diesen neuen Richtlinien die Gemeinnützigkeit entzogen. Doch wie schädlich ist die Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Gemeinnützigkeit für die Bildungspraxis, auch wenn Vereine noch gemeinnützig sind? Wie sehr beeinflusst sie die konkrete Tätigkeit politischer Bildungsträger? Dazu gibt die Auswertung unserer anonymen Befragung von Personen aus unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsfeldern solcher Träger (78 Antworten) einige Hinweise.



Foto: Stephanie Handtmann

Zum einen zeigt sich, dass die neuen Kriterien bereits als Gründe herangezogen wurden, Vereinen ihre Gemeinnützigkeit abzuerkennen: Beeinflussung der politischen Willensbildung, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung im Sinne eines allgemeinpolitischen Mandats sowie »fehlende geistige Offenheit« wurden von Befragten als Beispiele für Aberkennungsgründe genannt. Zum anderen zeigt sich auch, dass unter den Trägern, die um ihren noch bestehenden gemeinnützigen Status fürchten, vor allem diese neuen Kriterien ausschlaggebend für die Befürchtungen sind. Und mehr als ein Drittel der Befragten, unabhängig von konkreten Befürchtungen um die Gemeinnützigkeit, geht davon aus, dass das zuständige Finanzamt eine politische Positionierung des Trägers und seiner Bildungsarbeit als fehlende »geistige Offenheit« oder als »einseitige Agitation oder unkritische Indoktrination« bewerten könnte. Das BFH-Urteil und der neue Anwendungserlass, das legen die Antworten nahe, verstärkt das beim »Fall Attac« deutlich zutage getretene Problem: Das Gemeinnützigkeitsrecht belohnt in der Praxis politische Zurückhaltung, Konformismus und politische Abstinenz – was nicht unpolitisch ist, sondern das Bestehende stützt. Vereine, die – ganz im Sinne des Demokratieprinzips – gemeinnützige gesellschaftliche und politische Veränderungen

anstrengen, werden behindert oder sogar in ihrer Existenz bedroht.

Bemerkenswert und bedenklich auch, dass im Falle eines Entzugs der Gemeinnützigkeit lediglich ein gutes Viertel der befragten Träger über hinreichende Ressourcen verfügt, um den Rechtsweg vollständig zu beschreiten. Etwaigem rechtswidrigem Entzug der Gemeinnützigkeit kann so juristisch nichts entgegnet werden. Wenn man weiterhin in die Bewertung einbezieht, dass mehr als zwei Drittel der Befragten davon ausgehen, dass die Finanzämter die Träger nicht objektiv und neutral, sondern abhängig von deren gesellschaftlicher Stellung überprüfen, zeigt das, dass die aktuelle Anwendung des Gemeinnützigkeitsrecht vor allem eins verstärkt: die Rechtsunsicherheit für Träger politischer Bildung.

Prof. Dr. Julika Bürgin lehrt am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt; ihre Arbeitsschwerpunkte sind Bildungsforschung und politische Bildung. Sie initiierte und betreute die Befragung zu den Folgen der Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht für politische Bildungsarbeit.

Link zu den Befragungsergebnissen:
sozarb.h-da.de/buergin/gemeinnuetzigkeit-politische-bildung

Höchste Zeit für konsequente Mobilitätswende

VW-Krise? – Öffis statt Autos!



Foto: Stephanie Handtmann

Die Wogen schlagen hoch. VW ist in der Krise. Zu lange hat der Konzern auf teure Verbrenner gesetzt. Jetzt ist der Markt ausgeschöpft und die Beschäftigten sollen bluten. Ob es ein »Managementfehler« war, 2024 noch mal 4,5 Milliarden Euro an die Aktionärinnen – davon 1 Milliarde allein an den Piech-Familienclan – auszuschütten, sei dahingestellt. Ironischerweise soll die gleiche Summe jetzt an der Belegschaft eingespart werden. Klimapolitisch kriminell war es allemal, auf hochpreisige Spritfresser zu setzen. So können die CO₂-Emissionen im privaten Autoverkehr nicht sinken. Sie müssen aber drastisch reduziert werden. Die deutschen Autokonzerne haben das ignoriert. Geht es um Profit, ist ihnen die Zukunft der Erde egal.

Auch das Beispiel VW zeigt: Wir können privaten Konzernen nicht mehr die Produktion wichtiger Güter überlassen. Anstatt alles den kurzfristigen Renditewünschen von Aktionär*innen unterzuordnen, muss öffentlich kontrolliert werden, was zukünftig klima- und ressourcengerecht produziert werden soll. Für den Übergang in Gemeineigentum gibt es das Modell der Transformationsräte, in denen Beschäftigte, aber auch Umwelt-, Verkehrs- und Klimainitiativen mitarbeiten. VW könnte Vorreiter sein, wenn beim Bund und dem Land Niedersachsen der politische Wille da wäre, denn Niedersach-

sen hält ohnehin schon 20 Prozent der Stimmrechte.

Derweil kämpfen die Beschäftigten um ihre berufliche Existenz und müssen dabei unterstützt werden. Doch dabei kann es weder darum gehen, die bisherige Produktion fortzusetzen, noch darum, im gleichen Umfang und in der gleichen Größe Elektroautos zu produzieren. Stattdessen muss dringend CO₂ bei der Herstellung von E-Autos reduziert und Strom gespart werden, der für die Wärmewende dringender gebraucht wird. Dafür brauchen wir einen anderen Mix von Fahrzeugen, die uns künftig von A nach B transportieren. Neben einer begrenzten Zahl kleinerer E-Autos mit umweltfreundlicheren Batterien sind dies vor allem Busse und Bahnen. Dafür brauchen wir eine Mobilitätsindustrie, die diese Fahrzeuge herstellt. Die IG Metall hat leider bislang hauptsächlich auf eine Antriebswende in der Autoindustrie gesetzt und der Modellpolitik der Konzerne wenig entgegengesetzt. Es wird Zeit, dass die IG Metall*innen den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze mit dem Kampf für eine echte Mobilitätswende verbinden.

Dabei ist die Sorge um den Erhalt von Arbeit unbegründet. Es gibt einen enormen Bedarf an Bussen und Bahnen. Die Studie »Spurwechsel« der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat errechnet, dass bei einer Halbierung der Automobilpro-

duktion und Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV und Bahnverkehr keine Arbeitsplätze verlorengehen. Zudem gibt es jede Menge Bedarf an klimagerechten technischen Gütern zum Beispiel für die Wärmewende, die produziert werden wollen. Warum nicht »SUVs zu Wärmepumpen!«?. Natürlich müssen dafür Produktionsanlagen umgerüstet werden. Natürlich ist das teuer. Aber alternativlos, wenn wir nicht weiter in die Klimakatastrophe schlittern wollen.

Für eine klima- und sozial gerechte Verkehrswende muss sich Verkehrspolitik grundlegend ändern. Das 49-Euro-Ticket zeigt, dass »Öffis« beliebt sind – aber nur dort, wo sie auch fahren. Das ist insbesondere im ländlichen Raum allzu oft nicht der Fall. Daher muss der öffentliche Nah- und Regionalverkehr in der Stadt und erst recht auf dem Land schnell massiv ausgebaut werden – barrierefrei.

Im Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft« fordert Attac, das nötige Geld durch einen Ausbau- und Modernisierungspakt von Bund, Ländern und Kommunen bereitzustellen. Denn für eine Verdoppelung des ÖPNV bis 2030 sind jährliche Investitionen von 16 bis 18 Milliarden Euro notwendig. Dazu müssen 70.000 Beschäftigte neu eingestellt werden. Das Geld könnte weitgehend durch eine Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen wie dem Diesel- oder Dienstwagenprivileg aufgebracht werden. Allein die Abschaffung des Letzteren brächte jährlich 6,1 Milliarden Euro.

Aktuell ist auch das 49-Ticket unter Beschuss. Wenn es zum 1. Januar 2025 von 49 auf 58 Euro erhöht wird, werden nach Umfragen bis zu einem Drittel der jetzigen Nutzer*innen abspringen. Damit wird eine erfolgreiche Verkehrsverlagerung vom individuellen Auto auf Busse und Bahnen gefährdet. Deshalb unsere Forderung: Statt den Preis zu erhöhen, sollte das 49-Ticket um kostengünstige Jugend- und Sozialtickets ergänzt werden! Darüber hinaus laufen die Vereinbarungen zum »Deutschland-Ticket« Ende 2025 aus. Es wird mächtig Druck nötig sein, um diese Möglichkeit klimagerechter und bezahlbarer Mobilität zu halten. Es gibt viel zu tun.

Achim Heier ist Mitglied im Attac-Rat und aktiv in der Attac-Projektgruppe einfach.umsteigen.



Attac war auf dem System Change Camp in Erfurt mit einigen Vorträgen und Diskussionen vertreten, Foto: Stephanie Handtmann



Vor der IAA Transportation haben Attac-Aktive für einen klimagerechten Umbau im Sektor des Gütertransports portestiert, Foto: Attac

Rückblick

2. September 2024

Wie dreckig ist der grüne Wasserstoff?

Anlässlich des Global African Hydrogen Summit in Windhoek (Namibia) haben namibische Aktivist*innen zusammen mit Attac das geplante Wasserstoff-Megaprojekt »Hyphen« kritisiert. Die namibische Regierung erhofft sich eine neue Rolle Afrikas als Lieferant von »grünem Wasserstoff« für die Energiewende in Europa – auch für die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung spielt Namibia eine bedeutende Rolle. Die namibische Zivilgesellschaft sieht die Wasserstoff-Pläne ihrer Regierung jedoch äußerst kritisch: Der Vergabeprozess ist von Intransparenz und fehlender demokratischer Beteiligung gekennzeichnet. Schon jetzt werden die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen missachtet, und zukünftig werden massive Umweltschäden erwartet. An Orten, an denen deutsche Kolonialsoldaten vor über 100 Jahren einen Völkermord an den OvaHerero und Nama verübten, soll nun die Infrastruktur zur grünen Wasserstoffproduktion für Deutschland aufgebaut werden. Attac unterstützt die Kritik und setzt sich dafür ein, dass gemeinsame Energieprojekte mit Namibia Umweltschäden vermeiden, die Rechte aller Bevölkerungsgruppen achten und zuallererst der Energiesicherung der namibischen Bevölkerung dienen.

11. September 2024

Apple muss zahlen – aber die Steuervermeidung geht weiter

Eine von vielen Apple-Geschichten des Steuerdumpings hat nun vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein Ende gefunden. Viele Jahre konnte Apple mit Unterstützung der Regierung Irland als Steuersumpf nutzen. 2016 forderte die EU-Kommission dann endlich die irische Regierung auf, 13 Milliarden Euro an unrechtmäßigen Steuervergünstigungen für die

Jahre 2003 bis 2014 zurückzufordern. Mit Aktionen und der Verbreitung von Informationen dazu auf verschiedenen Plattformen hatte Attac den Steuerklauf von Apple einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. In letzter Instanz konnte im September 2024 nun geklärt werden, dass Apple 13 Milliarden Euro an die irische Steuerbehörde zahlen muss. In einem fairen Steuersystem würden Steuerzahlungen ohnehin gerecht zwischen allen Ländern aufgeteilt, in denen das Unternehmen wirtschaftlich tätig ist. Deshalb fordert Attac weiterhin eine Gesamtkonzernsteuer – für eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen, egal wo sie erwirtschaftet wurden.

16. September 2024

IAA Transportation:

Cargo makes the world go down!

Aktivist*innen von Attac haben bei der IAA Transportation in Hannover mit einer Aktion vor der Messe unter dem Motto »Cargo makes the world go down« für einen klimagerechten Umbau im Sektor Güterverkehr protestiert. Die Autoindustrie präsentiert sich auf der IAA Transportation vermeintlich fortschrittlich und zukunftsorientiert – dabei ignoriert die Branche jedoch weitgehend die enorm schädlichen Klimaauswirkungen des straßenbasierten Verkehrssystems für den Transport von Konsumgütern. Attac fordert eine klimagerechte Transformation im Transportsektor: Weniger Güterverkehr, mehr Lebensqualität – Zeug in den Zug!

23. September 2024

Publikation: Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung

Eine neue Broschüre, die von Attac gemeinsam mit anderen Organisationen herausgegeben wurde, untersucht rechte und verschwörungsideologische Einflussnahme auf friedenspolitische Demonstrationen, Gruppen und Organisati-

onen. Der Autor Lucius Teidelbaum beschreibt in seiner Analyse, dass die Friedensbewegung nicht als einheitliche Gruppe zu verstehen ist, sondern als ein Netzwerk unterschiedlicher Strömungen. Er beleuchtet dabei das Auftreten und die Strategien rechter und verschwörungsideologischer Akteur*innen wie des COMPACT-Magazins, Ken Jepsen oder der Partei »Die Basis«, die versuchen, gezielt Einfluss auf friedenspolitische Demonstrationen zu nehmen.

26. September 2024

Alterssicherung statt Aktienrente

Ende September erfolgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Rente mit dem schönen Titel »Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz«. Angestrebt wird danach die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent des im Arbeitsleben durchschnittlich erreichten Nettolohnes. Zudem soll eine kreditfinanzierte Aktienrente eingeführt werden. Diese Aktienrente ist ein Fantasieprodukt, das angestrebte Rentenniveau unzureichend und das drängende Thema Altersarmut wird gleich gar nicht angegangen. Attac fordert daher: Umlagefinanzierung statt ewigem Stückwerk und unsinnigen Finanzspekulationen, eine gemeinsame Versicherung für alle Erwerbstätigen und eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis, um Lebensstandards abzusichern und Altersarmut zu verhindern.

10. Oktober 2024

»Tax the Rich«: Deutliches Zeichen für die Einführung eines gerechten Steuersystems

Über 100.000 Menschen haben sich in Deutschland mit einer Unterschrift an der Europäischen Bürger*inneninitiative (EBI) »Tax the Rich« beteiligt. Bis zum 9. Oktober 2024 lief die Unterschriftensammlung für die EBI – in der EU unterschrieben insgesamt über 350.000 Menschen. An der Initiative beteiligten sich neben Attac



Auf dem Herbststratschlag feiern Aktivist*innen von Attac das sehr gute deutsche Ergebnis mit 109.267 Stimmen für die »Tax the Rich«, Foto: Attac



Mit einer Aktion unter dem Motto »Bremst euch, Marktradikale!« haben Aktivist*innen von Attac beim »Festival für Finanzbildung« in Berlin auf die ideologisch einseitige Ausrichtung der »Initiative Finanzielle Bildung« hingewiesen, Foto: Stephanie Handtmann

eine Vielzahl an Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen, wie Marlene Engelhorn, die sich mit anderen Vermögenden für eine gerechte Vermögensbesteuerung einsetzt. Für Attac ist das sehr gute deutsche Ergebnis Ansporn, die Bemühungen, um ein gerechtes Steuersystem fortzusetzen.

15. Oktober 2024

Finanzbildung als politisches Projekt – neue Studie und Bildaktion

Mit einer Aktion unter dem Motto »Bremst euch, Marktradikale!« haben Aktivist*innen von Attac bei dem »Festival für Finanzbildung« in Berlin auf die ideologisch einseitige Ausrichtung einer Finanzbildungs-Initiative des Bundesfinanzministeriums und des Ministeriums für Bildung und Forschung hingewiesen. Attac fordert die Bundesregierung auf, den FDP-Entwurf im Kabinett zu stoppen, und stattdessen echte – das heißt plurale – ökonomische Bildung zu fördern. Denn es braucht eine Bildung, die Menschen dazu befähigt, wirtschaftliche Prozesse zu durchschauen und sich an ihrer demokratischen Gestaltung zu beteiligen. Mit der alternativen Bildungsplattform geldmitverstand.de setzt Attac darum gezielt einen Kontrapunkt (mehr dazu auf Seite 3). Das BMF forderte von Attac die Deaktivierung der alternativen Bildungsplattform und drohte mit rechtlichen Schritten, doch Attac lässt sich nicht einschüchtern. Die Seite gibt inhaltlich die richtige Antwort, und gestalterisch gilt einmal mehr: Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt!

17. Oktober 2024

Demokratie und Menschenrechte verteidigen!

Das Bündnis »Zusammen für Demokratie«, in dem sich Attac engagiert, verfolgt mit großer Sorge die aktuellen gesellschaftlichen Debatten und insbesondere die Diskussion um Migration.

Statt drängende Zukunftsfragen wie die Bildungskrise, die Wohnungsnot, den Fachkräftemangel und die notwendige Transformation zu einer klimaneutralen, sozialen Wirtschaft endlich nachhaltig zu beantworten, liegt der Fokus vor allem auf dem Thema Asyl. Das Recht auf Asyl zu untergraben und die Menschenrechte von Geflüchteten einzuschränken stellt hingegen keine Lösung dar und widerspricht dem europäischen Gedanken, dem europäischen Recht und dem deutschen Grundgesetz. Besonders muss die Würde von Menschen gewahrt werden, die auf Schutz angewiesen sind. Attac tritt allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit dürfen in einer weltoffenen Gesellschaft nicht salonfähig werden!

25. Oktober 2024

Abtreibung legalisieren – jetzt!

Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland nach wie vor grundsätzlich verboten. Unter bestimmten Voraussetzungen bleibt ein Schwangerschaftsabbruch jedoch straflos. Das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht, daher sollten Abtreibungen in Deutschland noch in dieser Legislatur sicher, zugänglich und kostenfrei werden. Attac fordert die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch und die Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der Verfassung.

7. November 2024

»Jetzt erst recht«:

Zur aktuellen politischen Lage

Der Schock über die US-Wahl sitzt tief. Das Ergebnis gibt den rechten Kräften weltweit Auftrieb. Doch wir sind nicht wehrlos. Wir werden nicht nachlassen, Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen – gemeinsam mit anderen emanzipatorischen Bewegungen. In Deutschland

ist nun auch die Ampel gescheitert. Als Attac werden wir diese Zeit erhöhter politischer Aufmerksamkeit nutzen, um für eine radikal andere Klima-, Wirtschafts- und Sozialpolitik einzutreten. Weder grünes Wachstum noch autoritäre Abschottungspolitik sind die Lösung: Statt nach unten zu treten, gilt es, nach oben zu schauen. Bis weit in die demokratischen Parteien hinein werden Geflüchtete und arme Menschen derzeit zu Sündenböcken einer verfehlten Politik gemacht. Dem stellen wir uns entgegen und kämpfen für die Überwindung der sozialen Spaltung und für eine solidarische Gesellschaft!

13. November 2024

Attac unterstützt AfD-Verbotsverfahren

Eine Gruppe von 113 Abgeordneten verschiedener Bundestagsfraktionen hat einen Antrag für ein AfD-Verbotsverfahren eingereicht. Attac fordert alle Abgeordneten auf, diesen Antrag zu unterstützen, um zu verhindern, dass ein weiteres Mal eine Partei die Mittel der Demokratie nutzt, um sie abzuschaffen (mehr dazu auf Seite 2).

Ausblick

Jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

- 25. November 2024: Klimaschädliche Subventionen
 - Dezember 2024: Pause
 - 27. Januar 2025: Auswirkungen der Klimakrise auf ein Land in Westafrika und wie die Zivilgesellschaft vor Ort damit umgeht
- Alle Informationen: attac.de/webinare

Save the dates 2025

- 17. und 18. Januar 2025 »UmSteuern jetzt«-Tagung in Köln
- 4. und 5. April 2025 Online-Frühjahrsratschlag

Neue Attac-Kampagne

Rohstoffenergiehunger stoppen!

Täglich erreichen uns Meldungen über Hitzerekorde, Dürren oder Überschwemmungen. Das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ist kaum noch zu halten. Einsatz für konsequente Maßnahmen zur Stabilisierung der globalen Ökosysteme ist jetzt dringender denn je, wo Klimaschutz medial out ist und sich antiökologischer Zeitgeist breitmacht.

Die Einhaltung der planetaren Grenzen, innerhalb derer Menschen auf der Erde leben können, erfordert eine radikale Abkehr vom wachstumsorientierten Wirtschaften. Wir brauchen eine Kreislaufwirtschaft, die sparsam mit verfügbaren Ressourcen umgeht. Dazu ist global eine Reduktion des Rohstoffverbrauchs nötig. Nicht nur Öl und Gas, auch viele andere Rohstoffe, die die Wachstumsmaschine am Laufen halten, müssen weitgehend in der Erde bleiben. Ein internationales Rohstoffabkommen sollte Obergrenzen für den Rohstoffverbrauch festlegen und eine gerechte Verteilung von Ressourcen sicherstellen. Ähnliches gilt für Energie: Der weltweite Griff nach Wind- und Solarstrom bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber der Energiearmut in den Erzeugerländern muss gestoppt werden.

Daher hat der Attac-Herbstratschlag die Kampagne »Rohstoffenergiehunger stoppen!« beschlossen. Sie ist als Aufklärungs- und Bildungskampagne gedacht, mit der der Blick für internationale Aspekte der sozial-ökologischen Transformation geschärft werden soll. Mit Bündnispartner*innen wollen wir die Durchsetzung von Forderungen im Rohstoff- und Energiesektor vorantreiben.

Die Rolle der EU

Die EU will weg von fossilen Energieträgern – gleichzeitig aber den kapitalistischen Wachstumspfad weitergehen. Sollten diese Vorhaben des »European Green Deal« durch die neue EU-Kommission umgesetzt werden, bekommen wir einen gigantischen Anstieg der weltweiten Rohstoffausbeutung. So soll für das Versprechen, die individuelle Mobilitätsfreiheit eins zu eins mit E-Autos zu sichern, weltweit ein Vielfaches an Lithium gewonnen werden.

Die EU verbraucht 25–30 Prozent der globalen Rohstoffe bei nur 5,6 Prozent der globalen



Foto: Helga Reimund

Bevölkerung. Statt das Ungleichgewicht zu reduzieren, wird durch den Critical Raw Material Act (CRMA) der EU die Sicherung von 34 Rohstoffen vorangetrieben, die für die fossilfreie Transformation und die Digitalisierung der europäischen Industrie zentral sein sollen. Basis sind die Wachstumsprognosen der privaten Industrie.

Statt die globale Ungleichheit von Wertschöpfung infrage zu stellen, sollen künftig 40 Prozent der Weiterverarbeitung und damit der Wertschöpfung in der EU stattfinden. Ziel ist also nicht eine Verbesserung der sozial-ökonomischen Situation in den Herkunftsländern, sondern allein die Verlagerung der Wertschöpfung aus China in die EU.

Statt weiter in neokolonialer Manier natürliche Ressourcen auszubeuten, müssen lokale Wertschöpfung und grüne Transformation zum Nutzen der lokalen Bevölkerung vorangetrieben werden. Nur dann kann weltweit ressourcenschonend gewirtschaftet werden.

Die Kampagnengruppe »Rohstoffenergiehunger stoppen!« arbeitet zu Fragen rund um internationale Aspekte der sozial-ökologischen Transformation.

Beispiel:

Lithium und Mobilitätswende

Die Gewinnung von Lithium zerstört in den Abbauländern – vornehmlich in Chile oder Argentinien – das fragile ökologische Gleichgewicht. Zudem ist sie geprägt von Ignoranz gegenüber der einheimischen Bevölkerung und der Missachtung von Arbeitsrechten. Doch ein wahrer Lithiumrausch hat Industrie und Politik erfasst. Auf der Suche nach dem »Gold für Akkus der ungebremsten Mobilität« werden fast täglich neue Lagerstätten gemeldet. Denn Lithium soll in großem Maße zur Herstellung von Batterien für E-Autos genutzt werden, einem der Leitprodukte des »grünen« Kapitalismus. Eine wirklich klimagerechte Mobilitätswende muss die individuelle Nutzung von E-Autos jedoch begrenzen, um den kostbaren erneuerbaren Strom in lebenswichtigen Bereichen wie der Wärmeversorgung einzusetzen. Große, schwere E-SUVs gehören wegen ihren tonnenschweren Lithium-Ionen-Akkus abgeschafft. Die Alternative sind der Ausbau von Bus und Bahn, und in begrenztem Maße kleinere E-Autos, für die schon Natrium-Ionen-Akkus auf dem Markt sind.

Beispiel:

Wasserstoff und Energiewende

Wasserstoff gilt als hoffnungsvoller Energieträger in der postfossilen Welt. Er entsteht durch Umwandlung von Wasser mittels Elektrolyse. »Grauer« Wasserstoff, produziert mittels Gas oder Öl, ist klimapolitisch unsinnig. Aber auch die Herstellung von »Grünem Wasserstoff« mittels Strom aus Wind oder Sonne ist mit hohen Umwandlungsverlusten verbunden. Da Europa angeblich nicht genügend Kapazitäten hat, setzt die Bundesregierung auf Importe aus Ländern mit viel Sonne und Wind, wie zum Beispiel Namibia. Dort wird jedoch der Energiebedarf der einheimischen Bevölkerung ignoriert, und Exportprojekte werden ohne demokratische Beteiligung und unter Inkaufnahme massiver Umweltschäden vorangetrieben. Klimapolitisch muss die Nutzung von grünem Wasserstoff eng begrenzt werden auf Bereiche, wo er unumgänglich ist. Einsatz von Wasserstoff zur Wärmeversorgung und als Fahrzeugantrieb ist schamlose Verschwendung von Ressourcen.

Tax the Rich – weiter geht's!



Foto: Lars Hoff

Über 100.000 Menschen haben sich in Deutschland mit einer Unterschrift an der Europäischen Bürger*innen-Initiative (EBI) »Tax the Rich« beteiligt. Bis zum 9. Oktober 2024 lief die Unterschriftensammlung für die EBI – in der EU unterschrieben insgesamt über 350.000 Menschen. An der Initiative beteiligten sich neben Attac eine Vielzahl an Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen, wie Marlene Engelhorn, die sich mit anderen

Vermögenden für eine gerechte Vermögensbesteuerung einsetzt.

Ziel der Initiative war eine europaweite Steuer für Superreiche, mit der Bildung, Gesundheit und Klimaschutz finanziert werden können. Denn das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des globalen Vermögens und dieselben Ultrareichen verursachen zudem mehr CO₂ als die ärmere Hälfte der Welt.

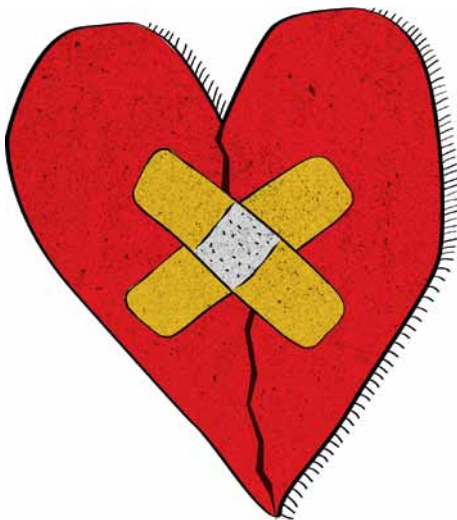
In Deutschland beteiligten sich Attacies maßgeblich an der Unterschriftensammlung. Über 50 Attac-Regionalgruppen informierten vor Ort auf Marktplätzen, Straßenfesten und Veranstaltungen über die ungleiche Vermögensverteilung und forderten eine deutliche Besteuerung von Überreichtum. In Deutschland wurde so das Quorum an Unterzeichnenden weit überschritten, auch wenn das europäische Ziel leider verfehlt wurde. Aber die große bundesweite Beteiligung an »Tax the Rich« ist ein starkes Zeichen dafür, dass es Zeit für

eine gerechte Steuerpolitik auf allen Ebenen ist. Die Politik muss jetzt dringend handeln und die Steuer für Superreiche in Deutschland angehen!

Es wird Zeit, dass Deutschland den Weg zu einer gerechten Steuerpolitik nicht weiter blockiert: Attac fordert von der jetzigen und der zukünftigen Bundesregierung, die gegenwärtig ausgesetzte Vermögensteuer zu reaktivieren und die internationalen Bestrebungen gegen Steuerkonkurrenz zu unterstützen – aktuell insbesondere durch die Einführung einer weltweiten Mindestvermögensteuer für Milliardär*innen!

Für Attac ist das sehr gute deutsche Ergebnis Ansporn, die Bemühungen um ein gerechtes Steuersystem fortzusetzen. Für das kommende Jahr steht deshalb eine Kampagne für eine Vermögensteuer in den Startlöchern – das Thema »Tax the Rich« bleibt aktuell, denn eine solidarische Gesellschaft funktioniert nur mit sozialer Gerechtigkeit!

Die Pro-Human-Kampagne



Infolge des Angriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 und des damit begonnenen neuerlichen Gaza-Kriegs nimmt das Leid der von der Auseinandersetzung betroffenen Menschen rasant zu. Gleichzeitig kommt es weltweit zunehmend zu

Übergriffen auf Jüdinnen und Juden einerseits, sowie zu einer Verstärkung antimuslimischer Vorbehalte auf der anderen Seite.

Vor diesem Hintergrund hat die israelische Sektion von Amnesty International zu Beginn des Jahres die »Pro-Human Campaign« ins Leben gerufen, der Attac im August beigetreten ist. Das Netzwerk zielt darauf ab, sowohl der Entmenschlichung von Israelis, Jüd*innen, als auch von Bewohner*innen des Gaza-Streifens, von Palästinenser*innen sowie von Muslim*innen auf der ganzen Welt entgegenzuwirken. »Während sich fast jeder entweder als pro-israelisch oder pro-palästinensisch zu identifizieren scheint, bis hin zu einem Mangel an Empathie für die Menschen auf der anderen Seite, rufen wir dazu auf, humanistische Stimmen zu stärken und die Rechte aller Menschen zu wahren!«, erklärt Dr. Yariv Mohar, Programmdirektor bei Amnesty International Israel.

Als Reaktion auf den polarisierten Diskurs ist es das Ziel der Kampagne, eine starke pro-humane Perspektive in Israel und weltweit zu

fördern und einen Wandel von einseitigen zu pro-humanen Ansichten zu fördern. Die Kampagne möchte eine Bewegung aufbauen, die die Menschlichkeit auf beiden Seiten anerkennt, denn nur so ist Frieden möglich.

Im ersten Schritt wurden im Rahmen der »Pro-Human Campaign« auch von Attac öffentliche und kostenfrei zugängliche Online-Veranstaltungen angeboten, die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Stimmen eine Plattform geben, um über tieferliegende Ursachen des gegenwärtigen Kriegs zu sprechen und für einen generalistischen Ansatz zu werben, der die Menschenrechte für Zivilist*innen auf allen Seiten einfordert. Die bisherigen Veranstaltungen haben wir auf unserer Seite zur Kampagne zum Nach-Schauen gesammelt.

Mehr:

Englischsprachige Seite der Kampagne:

pro-human-camp.org/en/

Seite bei Attac zur Kampagne:

attac.de/pro-human-campaign

Menschen in Attac

Familienangelegenheiten



Ruben (Mitte) in seinem Element bei der letzten Attac-Sommerakademie.

Ruben Kettner ist 23 und studiert Psychologie in Leipzig. Viele in Attac haben ihn dabei begleiten dürfen, erwachsen zu werden: Sein Vater Stephan ist im Attac-Büro hauptamtlicher Gruppenunterstützer, und Ruben war mit ihm bei Attac-Veranstaltungen, wann immer es möglich war. Wir freuen uns deshalb besonders, ihn hier vorstellen zu können.

Ruben, mir kommt es vor, als müsse dich bei Attac ohnehin jede*r kennen, aber das stimmt natürlich nicht. Erzähl' mal: Wie bist du zu Attac gekommen?

Ich bin irgendwie in Attac hineingeboren worden (lacht). Ich glaube, ich war zwölf, als mein Vater mich das erste Mal zu einem Attac-Ratschlag mitgenommen hat. Und ich bin natürlich auch auf den Attac-Aktionsakademien dabei gewesen. Mein Verhältnis zu Attac ist also nicht nur ein politisches, weil ich gut und richtig finde, was Attac macht, sondern auch ein emotionales, weil ich so viele Menschen bei Attac kenne. Vor allem einen großen Teil des Büroteams sehe ich ja regelmäßig seit zehn Jahren. Und neben dieser emotionalen Verbindung hat mir von Beginn an imponiert, dass ich ernst genommen wurde; dass man mir zugehört hat. Das war vielleicht auch der Grund, warum ich mich nie von Attac abgewandt habe, auch nicht in der Pubertät, wo man sich doch oft bewusst abgrenzt von dem, was die Eltern machen. Ich wurde von allen immer auf Augenhöhe behandelt, und mit mei-

nen Vorschlägen und Ideen wurde konstruktiv umgegangen, auch mit meiner teilweisen Unwissenheit und jugendlichen Naivität. Das hat mich beeindruckt. Ich denke, deshalb bin ich immer noch dabei.

An welchen Stellen dockst du denn zurzeit bei Attac an?

Wir sind hier in Leipzig noch dabei, eine Attac-Hochschulgruppe aufzubauen. Das ist gewissermaßen »Work in Progress«; ich suche noch nach einem geeigneten Schlüssel, um schnell und effektiv eine nachhaltige Gruppe aufzubauen. An Unis kommen und gehen die Leute, da ist das eine besondere Herausforderung. Außerdem bin ich auch mal mehr, mal weniger bei Junges Attac dabei und habe auch noch einige andere Ideen in der Pipeline – mal sehen, was daraus wird.

Als Aktivist*in habe ich dich das erste Mal bewusst 2017 beim G20-Gipfel in Hamburg wahrgenommen. Du musst damals so 15 Jahre alt gewesen sein, und ich war beeindruckt von deiner Unerschrockenheit. War das dortige Maß an Repression für dich nicht bedrohlich?

Mir ist zugutegekommen, dass ich schon vorher bei Ende Gelände und Ähnlichem dabei war, wo ich auch Polizeirepression erlebt habe. Aber G20 war schon noch mal eine Nummer größer, und ich erinnere mich, dass ich irgendwann zu Stephan gesagt habe, dass sich das

fast kriegsähnlich anfühlt. Ich habe das bis heute im Kopf, dass er mir geantwortet hat, es sei ja auch ein Kampf, nämlich ein Kampf um Gerechtigkeit. Natürlich müsse ich für mich schauen, was ich selbst zu bedrohlich finde, um es auszuhalten, aber sich einzusetzen für etwas, das richtig ist, sei eben wichtig, auch wenn man sich dafür aus der eigenen Wohlfühlzone hinausbewegen muss. Und ich glaube, so sehe ich das auch.

Auch Verantwortung und Aufgaben übernehmen zu können, hat mich sicherer gemacht. Ich habe damals sogar ein Plenum im Camp moderiert, das ziemlich konfliktiv war (lacht). Und es war natürlich ein großer Vorteil für mich, dass ich immer mit meinem Vater unterwegs war. Wenn du in Aktionen gehst, in denen es auch um zivilen Ungehorsam geht und in denen die Repression sehr stark ist, wo es auch um rechtliche Konsequenzen gehen kann, gibt es gerade auch Heranwachsenden viel Sicherheit, wenn du Menschen an deiner Seite hast, vielleicht sogar die Eltern, mit denen du reden kannst und die dich unterstützen.

Eins deiner »Markenzeichen« ist seit vielen Jahren die Betreuung der Cafeteria bei Attac-Veranstaltungen. Meistens organisierst du sie und suchst dir ein Team zusammen, um den Attacies die Zeit zwischen Workshops und Aktionen angenehm zu machen. Was gefällt dir daran?

Ich fand es schon bei den Ratschlägen immer wichtig, dass es einen Ort gibt, an dem man gern zusammenkommt, wo es einfach nice ist und man zwischendrin zur Ruhe kommen kann. Bei der Europäischen Sommeruni (ESU) hat man zum Beispiel gemerkt, dass dieser Ort auch eine wichtige soziale Funktion erfüllt. Da waren wir ein cooles Team, und bei der »Attacafeteria« kamen die Menschen aus den verschiedenen Ländern auch mal außerhalb der Veranstaltungen zusammen. Aus dieser Organisation der Cafeteria hat sich auch für mich noch mehr entwickelt. Mit verschiedenen Leuten, von denen auch schon welche bei der Attacafeteria mitgemacht haben, sind wir gerade dabei, ein Café-Kollektiv zu gründen, mit dem wir jetzt mit einem Kaffeewagen auf Festivals vor Ort sind – das wäre ohne Attac wahrscheinlich nicht passiert!

Attac-Basistext 60

Globalisierungskritik neu denken



Erleben wir gerade eine Krise oder gar das Ende der Globalisierung? Stagnieren Globalisierungsprozesse oder stehen wir kurz vor einem neuen Globalisierungsschub? Vor allem: Was bedeutet dies für die sozialen Verhältnisse in Europa und in den Ländern

des Südens? Und wird die ökonomische Entwicklung die ökologische Krise weiter verschärfen?

»Sicher zu sagen ist es nicht, wie es mit der Globalisierung weitergeht. Denn Geschichte ist menschengemacht und damit offen. Aber wir können einschätzen, wie eine mögliche Entwicklung aussehen könnte und welche gesellschaftlichen Kräfte positiven Einfluss für eine bessere Welt nehmen könnten«, sagt der Autor Thomas Eberhardt-Köster.

Der Basistext beginnt mit einer Utopie, die einen Tag im Jahr 2035 beschreibt: Wie würde unser Leben aussehen, wenn es gelänge, weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit – beides ist nur zusammen denkbar – im globalen Maßstab durchzusetzen. Für ein umfassendes Verständnis wendet sich die Publikation dann den die Globalisierung prägenden Strukturen und Entwick-

lungen zu und zeichnet in groben Strichen nach, was heute unter Globalisierung gefasst wird, wie sie entstanden ist, wer von ihr profitiert und wer unter ihr leidet. Danach beleuchtet der Autor verschiedene Dimensionen der Globalisierung und geht auf mögliche Ansatzpunkte für Lösungen und solidarisch-emanzipatorische Interventionen ein – wie auch Attac sie anstrebt.

Radikale Kritik an der neoliberalen Globalisierung bedeutet für Thomas Eberhardt-Köster nicht die Ablehnung einer Entwicklung, die Menschen weltweit näher zusammenbringt. Sie bedeutet vor allem nicht den Rückzug auf das Nationale oder gar auf das Völkische. Nicht Abschottung der Nationalstaaten ist die richtige Antwort auf die globalisierungsbedingten sozialen und politischen Verwerfungen, sondern Öffnung und globale Solidarität – vor allem mit denjenigen, die von den negativen Auswirkungen besonders betroffen sind.

Thomas Eberhardt-Köster: Globalisierungskritik neu denken! – Eine andere Welt ist immer noch möglich! Wie wir sie ändern müssen in Zeiten der großen (Un)Ordnung. AttacBasistext 60, 88 Seiten, EUR 8.50

Der Attac-Basistext kann im Attac-Shop bestellt werden: online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Mal nach oben schauen, statt nach unten zu treten!

Kennt ihr den? Ein Superreicher, eine Angestellte und ein Bürgergeldempfänger sitzen zusammen an einem Tisch mit hundert Keksen. Der Superreiche nimmt sich 99 davon und sagt zu der Angestellten: »Pass auf, sonst nimmt dir der Bürgergeldempfänger noch deinen Keks weg.«

Immer wieder wurde in den letzten Monaten gegen die angeblich so faulen und verwöhnten Bürgergeldempfänger*innen Stimmung gemacht, um angeblich zu erklären, warum so viele Menschen wirtschaftlich zu kämpfen haben und dem Staat Geld für wichtige Investitionen fehlt. Auch gegen Menschen aus Afrika und Asien, die zu uns vor politischer Verfolgung geflüchtet sind oder sich hier auch »nur« Lebenschancen erhoffen, die sie in ihren Herkunftsländern nicht haben, wird zunehmend ungehemmt

gehetzt. Doch diese Diskussion läuft in die völlig falsche Richtung, weil gleichzeitig auf der Einnahmenseite viele große Schätze nicht gehoben werden. Es gibt in Deutschland unfassbar große Vermögen und Superreiche, die lächerlich wenig Steuern bezahlen – manchmal sogar weniger als ihre Angestellten. Statt nach unten zu treten, müssen wir also unbedingt mal nach oben schauen: Selbst eine niedrige Vermögensteuer für Superreiche brächte viele Milliarden Euro in die Staatskasse.

Im Bundestagswahlkampf werden viele Parteien versprechen, reiche Menschen stärker zur Verantwortung ziehen und besteuern zu wollen – auch Parteien, die in Regierungsverantwortung keinerlei Schritte in diese Richtung unternommen haben. Wir werden darum weiter außerparlamentarischen Druck für eine gerechte Besteuerung großer Vermögen machen – vor und nach der Wahl. Dabei brauchen wir Unterstützung. Ganz leicht geht das unter attac.de/spenden oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!



Foto: Philipp Eichler

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF 2404

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE